

Förderung staatlich nicht anerkannter Beratungsstellen für Schwangerschaftsfragen

für das Haushaltsjahr

Bitte beachten Sie die Erläuterungen am Ende des Formulars.

1 Allgemeine Angaben

Antragstellerin/Antragsteller		
Verantwortliche Vertreterin/Verantwortlicher Vertreter		
Straße, Hausnummer		Postleitzahl Ort
Telefon	Fax	E-Mail
Rechtsform der Antragstellerin/des Antragstellers		Vertretungsbefugnis
Buchführungssystem (z. B. kaufmännisch)		Prüfungseinrichtung (z. B. Wirtschaftsprüfer)

Bankverbindung

Kreditinstitut der Antragstellerin/des Antragstellers		
IBAN		BIC
Kontoinhaber (falls nicht Antragstellerin/Antragsteller)		
Straße, Hausnummer (falls nicht Antragstellerin/Antragsteller)		Postleitzahl Ort

Zuständiger Spitzenverband

Bezeichnung		
Straße, Hausnummer		PLZ Ort

Förderung der Schwangerenberatungsstelle

in Straße, Hausnummer		Postleitzahl	Ort
Telefon	Fax	E-Mail	

2 Antrag

Beantragte staatliche Zuwendung als Festbetragsfinanzierung

Ausgabenpauschalbetrag in Höhe von

Euro	Euro-Betrag in Worten
------	-----------------------

Die beigelegte **Anlage 1** (*Kosten und Finanzierungsplan*) ist **Bestandteil dieses Antrages**.

3 Beschreibung der Beratungsstelle

Bezeichnung der Beratungsstelle			
Außenstelle in Straße, Hausnummer		Postleitzahl	Ort
Telefon	Fax	E-Mail	

Öffnungszeiten

der Beratungsstelle	der Außenstelle
---------------------	-----------------

Verfügt die Beratungsstelle über einen Anrufbeantworter?

☐ Ja ☐ Nein

Leitung der Beratungsstelle

Name	Vorname
------	---------

Vertretung der Beratungsstelle

Name	Vorname
------	---------

3.1 Personelle Besetzung mit Beratungsfachkräften

Vor- und Nachname	Funktion und Berufsbezeichnung	Beschäftigungszeitraum	Beschäftigungsverhältnis Ganztags/Teilzeit (<i>Stellenanteil</i>)

3.2 Der Beratungsstelle steht folgendes Beraterteam nach Bedarf zur Verfügung

Ärzte

Name	Vorname	
Straße, Hausnummer	Postleitzahl	Ort

Juristen

Name	Vorname	
Straße, Hausnummer	Postleitzahl	Ort

Psychologen

Name	Vorname	
Straße, Hausnummer	Postleitzahl	Ort

Sonstige

Name	Vorname	
Straße, Hausnummer	Postleitzahl	Ort

3.3 Werden Außensprechtage abgehalten?

☐ Ja

☐ Nein

Wo und in welchem Zeitturnus?

wo
Zeitturnus

3.4 Verfügt der Träger der Beratungsstelle über eigene Beratungs- und Hilfeinrichtungen?

- ☐ Unterbringungsmöglichkeit für Schwangere
- ☐ Heim für Mutter und Kind
- ☐ Kinderkrippe
- ☐ Kreis allein erziehender Mütter
- ☐ Erziehungsberatungsstelle
- ☐ Ehe-, Lebens- und Familienberatungsstelle
- ☐ Sonstiges

Werden das Personal und die Sachmittel sowohl in der beantragten Maßnahme als auch in oben genannten Einrichtungen eingesetzt?

☐ Ja

☐ Nein

Wenn ja, wie erfolgt die finanzielle Trennung?

Beschreibung

4 Erklärungen

- 4.1 Die **Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)** und die Fördergrundsätze für die ergänzende freiwillige Förderung von staatlich anerkannten Schwangerenberatungsstellen mit festgelegtem Einzugsbereich sowie für die Förderung von staatlich nicht anerkannten Schwangerenberatungsstellen des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales in der jeweils geltenden Fassung sind mir bekannt. Ich erkenne den Inhalt als **rechtsverbindlich** an.
- 4.2 Ich erkläre, dass der beiliegende Finanzierungsplan nach den Grundsätzen einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung aufgestellt wurde und dass die darin ausgewiesenen Beträge mich nach den ANBest-P binden.
Der im Finanzierungsplan angegebene Eigenmittelanteil kann aufgebracht werden. Weitere Deckungsmittel sind nicht vorhanden. Die Gesamtfinanzierung der Maßnahme ist nach dem anliegenden Finanzierungsplan gesichert.
- 4.3 Ich erkläre, dass für den gleichen Zweck keine anderen Mittel des Freistaates Bayern, des Bundes oder der Bundesagentur für Arbeit in Anspruch genommen werden.
- 4.4 Ich erkläre hiermit **rechtsverbindlich**, dass ich **allgemein** oder für das betreffende Vorhaben **nicht** zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG berechtigt bin.
- 4.5 Der Verwendungsnachweis für die im Vorjahr gewährte staatliche Zuwendung wurde der zuständigen Regierung von Mittelfranken übersandt.

Betrag der Zuwendung in Euro	Datum der Übersendung

Anlage

1 Kosten- und Finanzierungsplan (*Anlage 1 zum Antrag*)

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers

Erläuterung zum Antrag

Anträge auf Zuwendungen müssen die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten und in der verlangten Anzahl eingereicht werden. Die Angaben sind durch geeignete Unterlagen zu belegen, wenn das ausdrücklich verlangt wird.

1. Kostenplan

Voraussichtliche jährliche Gesamtausgaben der Beratungsstelle	Euro
davon Personalausgaben insgesamt	Euro
davon Sachausgaben insgesamt	Euro

2. Finanzierungsplan

Vorgesehene Mittel

Gesamtkosten im
laufenden Jahr

a) Eigenmittel des Trägers (<i>dazu zählen u. a. Einnahmen aus nicht zweckgebundenen Spenden, freiwillige Zuwendungen Dritter, Einnahmen aus Kostenbeiträgen</i>)	Euro
b) Zuwendung kirchlicher Stellen	Euro
c) Sonstige öffentliche Mittel	Euro
d) Beantragte Zuwendung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales	Euro
Gesamt	Euro

Raum für weitere Erläuterungen:

Beschreibung

Seite 1 von 3

	gen, wenn Sie hierfür Gründe haben, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben (Art. 21 Abs. 1 Satz 1 DSGVO). Sollten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, prüfen wir, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weitere Einschränkungen, Modifikationen und gegebenenfalls Ausschlüsse der vorgenannten Rechte können sich aus der Datenschutz-Grundverordnung oder nationalen Rechtsvorschriften ergeben.
4. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde	Ihnen steht weiterhin ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu. Diesen können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen: Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München Hausanschrift: Wagnmüllerstraße 18, 80538 München Telefon: +49 89 212672-0 Telefax: +49 89 212672-50 Kontaktformular: https://www.datenschutz-bayern.de/service/complaint.html
5. Zwecke der Datenverarbeitung	Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten soweit dies zur Bearbeitung des Förderantrages nach § 6 BaySchwBerV i.V.m. Ziffer 2 der Fördergrundsätze für die Förderung von staatlich nicht anerkannten Schwangerenberatungsstellen erforderlich ist.
6. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung	Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. e DSGVO i.V.m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG i.V.m. § 6 BaySchwBerV i.V.m. Ziffer 2 der Fördergrundsätze für die Förderung von staatlich nicht anerkannten Schwangerenberatungsstellen
7. Kategorien der personenbezogenen Daten, soweit der betroffenen Person noch nicht bekannt	Keine
8. Quellen personenbezogener Daten, die nicht bei der betroffenen Person erhoben werden bzw. wurden	Keine
9. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten	Auftragsverarbeiter: Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung IT-Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern (IT-DLZ) St.-Martin-Straße 47 81541 München Telefon: +49 89 2119-0 E-Mail: datenschutz@ldbv.bayern.de Ihre Daten werden zentral beim IT-DLZ gespeichert, da dieses die erforderliche Infrastruktur für die elektronische Datenverarbeitung der Verantwortlichen betreibt.
10. Übermittlungen von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation	Entfällt
11. Ggfs. Widerrufsrecht bei Einwilligungen	Entfällt

12. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten	Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten nur so lange, wie dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist. Spätestens alle 10 Jahre überprüfen wir gem. 5.1 Aussonderungsbekanntmachung die Unterlagen auf ihr weiteres Speicherbedürfnis. Spätestens nach 30 Jahren werden die Unterlagen den staatlichen Archiven angeboten oder bei Nichtannahme durch die Archive datenschutzkonform vernichtet (6.3 und 14.1 Aussonderungsbekanntmachung).
13. Pflicht/Keine Pflicht zur Bereitstellung der Daten	Die Angaben Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt freiwillig. Sofern Sie diese Daten nicht bereitstellen, kann dies allerdings zur Folge haben, dass eine Förderung der beantragten Maßnahme nicht erfolgen kann.